

Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Zeitung“ erscheint an jedem Werktag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis (einschl. Porto) beträgt 2.40 Reichsmark. Einzelhefte 20 Pfennige. Der tägliche Preis beträgt 10 Pfennige. Die Zeitung wird auch als Wochenblatt herausgegeben. Der Preis beträgt 1.20 Reichsmark. Die Zeitung wird auch als Wochenblatt herausgegeben. Der Preis beträgt 1.20 Reichsmark.

Neues in Kürze.

Die große Kabinettsitzung beginnt Dienstag mittag 2 Uhr. Seitens der süddeutschen Länder liegen bestimmte Vorschläge für die Wählerbindung vor. Entscheidende Beschlüsse des Reichskabinetts sollen erst am Donnerstag fallen. Die Antwort des Reichswirtschaftsministeriums ist im Reichswirtschaftsministerium eingegangen. Sie lautet ablehnend.

Die „Welt, Nat.-Ztg.“ schreibt von neuen Widerständen in Genf gegen den deutschen Einzug, der sogar neue Austritte aus dem Völkerbund herbeiführen droht. Deutschland sucht zwar in der Ratifizierung zu verweilen, bisher scheiterten die Versuche am Widerstand Polens. Auch der Konflikt der Mächte über die abessinische Frage wurde fast durch Stilligkeiten zuweilen laffen. Wollen händen weiter über Genf und über den deutschen Einzug in den Völkerbund.

Im Anschluß an die am Dienstag fragenden Beratungen im Reichskabinetts über die künftigen innen- und außenpolitischen Fragen werden spätestens Ende dieser Woche auch die Besprechungen mit den Parlamentariern wieder aufgenommen. Ein Teil der führenden Parlamentarier ist zu kurzer Ferienunterbrechung bereits in Berlin eingetroffen. Seitens der Linksparteien ist der Zulamentritt des Auswärtigen Ausschusses angeregt, und zwar vor der Festlegung der deutschen Instruktionen für Genf. Entgegen anderen Meldungen erlähnen wir zuversichtlich, daß unter dem Kabinetts Rat Ratifizierung vorliegenden Gesetzentwürfen sich die Wahlreform des Innenministers Rißig noch nicht befindet.

Die Vertreter von Jugoslawien, Rumänien und Griechenland beim Völkerbund haben dem Generalsekretär den Eingang einer gemeinsamen Note für die bevorstehende Völkerbundtagung angekündigt. Die Völkerbundmachthaber gegen Bulgarien verlangt. Die Note ist im Wortlaut bereits zwischen den beteiligten Regierungen vereinbart worden.

Wie den Klättern zufolge verläuft, wird sich binnen kurzem die Film-Doppelreihe zum dritten Male mit dem Potemkinfilm der Sowjets, „Kontreterre Potemkin“, diesmal in seiner gefürzten Fassung, zu beschäftigen haben. — Man scheint sich in Berlin von dem kommunistischen Götzebildnis, das gar nicht trennen zu können. „Kot ist die Liebe, je nach der Zeit ...“

Aus Moskau wird gemeldet: Die russische Offiziersliste ist zu Übungen in den künftigen Gewässern in See gegangen.

In einem Zeitungsartikel schreibt Ramon Macdonald, die Arbeiterpartei werde auf ihrer Jahresversammlung im Oktober nicht fünf Minuten für die Kommunisten vergeuden. Mit anderen Worten, die Arbeiterpartei werde keinen Versuch bilden, den im letzten Jahre gefassten Beschluß, die Verbindung mit den Kommunisten abzulösen, irgendwie abzuweichen.

Der sozialistische Abgeordnete Chahmetan hat einen Antrag eingebracht, nach dem die Ausländer mit hoher Valuta, die in Frankreich Geld einwechseln, gezungen werden sollen, eine Karte vorzuzeigen und beim Wechseln ein Fünftel des Unterschiedes zwischen dem Kartellkurs und dem gegenwärtigen Devisenkurs als Abgabe zu entrichten. Der Abgeordnete hofft, daß auf diese Weise jährlich etwa eine Milliarde Franken einnahmbar werden könnten.

Der Mailänder „Corriere della Sera“ meldet, daß Italien am 1. Oktober italienische Hochkultur erhalten soll.

Nach einer Meldung aus Athen hat die griechische Regierung beschlossen, das Atherton, das früher Wilhelm II. gehörige Wäldchen auf Korfu, zu verkaufen. Entsprechend dem Verkaufsertrag werde der Erlös den griechischen Staatsangehörigen, die infolge des Krieges in Deutschland oder in den anderen ehemals feindlichen Staaten ihren Besitz verloren hätten, zugute kommen.

Nach Wäldernachrichten aus Kairo soll in der letzten Driftzeit Malaca ein aus 36 Druden bestehender Mai gemäßigt und beschlossen worden sein, den Krieg gegen die französischen Truppen fortzusetzen und frühe Vertreibungen in Europa und in den Westindischen Staaten zu erzwingen. — In der französischen Wäldernachricht nimmt die Angriffsfront der Eingeborenen zu. In der Hauptstadt des Reichs Wassermarkt, der bereits zu Zusammenstößen geführt hat.

Eingreifen Amerikas in Mexiko?

Nach einer Washingtoner Meldung der „New York Sun“ haben die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko ihren schlimmsten Stand erreicht, seit Wilson den General Pershing über die mexikanische Grenze sandte, um den Rebellen Villa gefangenzunehmen. Wenn Kellogg keine Genugtuung für seine letzte sehr eindeutige Protestnote wegen der Nichterfüllung der Wälder von Amerikanern und seine Entschädigung für das beschlagnahmte amerikanische Eigentum erhalte, sei er entschlossen, für Schritte einzutreten, die zwar keine militärische Aktion bedeuten, aber doch zeigen würden, daß die Vereinigten Staaten den Dingen nicht weiter ihren Lauf lassen würden. Sun begünstigt die Beziehungen zwischen den beiden Ländern als kritisch.

Nach einer Verfügung des mexikanischen Ministeriums des Innern werden alle in katholischen kirchlichen Besitz befindlichen Wertobjekte und alles Kirchenvermögen im gesamten Land bis zur Beilegung des Konfliktes unter Siegel gelegt, mit einer Ausnahme der Andachtsstätten selbst. Die

unter dem Verdacht eines Anschlages auf das Leben des Präsidenten Colles festgenommenen Männer und Frauen entlassen worden. Von erstschuldigster Seite wurde eine neue Erklärung veröffentlicht, in der es heißt, man respektiere die mexikanischen Gesetze wie die Verfassung, mit einiger Ausnahme der Punkte, die die tatsächlichen Rechte der Kirche verletzen. Weiterhin wird in der Erklärung die Hoffnung ausgesprochen, daß die vorgeschlagene geistliche Festlegung der neuen Regelung der kirchlichen Angelegenheiten durch den mexikanischen Kongreß sich im liberalen Geiste vollziehen möge, und nicht ein neues Hindernis für eine Beilegung des Konfliktes darstellen möge.

Die Associated Press aus Mexiko meldet, daß die Regierung bekanntgegeben, daß die Kulturbetreiber auf protestantisches Kirchengut eigenem ebenso angewendet werden wie auf katholisches. Es sei keine Beschlagnahme beabsichtigt, wohl aber sei beabsichtigt, sich das Recht der Verstaatlichung vorzubehalten. Die protestantischen Kirchen Mexikos werden auf 100 bis 150 geschätzt. Ungefähr 15 Kirchen werden von auswärtigen Pfarrern geleitet.

Frankreich—Amerika und wir.

Aus Paris wird gemeldet: Der Kammerauschuß für auswärtige Angelegenheiten hat nach dem Beispiel des Finanzausschusses einen gegenständlichen Austausch angelehnt, der die Schutzvertragsabkommen mit England und Amerika einer eingehenden Prüfung unterziehen soll.

Damit ist der besonders von Briand vertretene Gedanke sofortiger Ratifizierung gescheitert. In Amerika könnte das schwerer stimmen, hat doch der Präsident Coolidge soeben erklärt, die Verhandlungen mit Frankreich seien endgültig abgeschlossen.

— Wird diese Auffassung von Amerika aufrecht erhalten und wie bisher jede Franzosenratifizierungsaktion von vorheriger Ratifizierung des Schutzvertragsabkommens abhängig gemacht, so sieht man nicht recht, wie der Franzosen Ratifizierung werden soll, es sei denn ohne und also gegen Amerika durch England und durch Druck auf Deutschland. Für eine direkte Hilfe wird England allerdings vermutlich vorherige Ratifizierung des französisch-englischen Schuldabkommens verlangen. Dagegen wird es zu einem Druck auf Deutschland vielleicht auch ohne dem bereit sein, da der Kabinettsrat und seine Auswärtigen die englische Konturenzeitung über Deutschland neu entsetzt hat. Sobald wir nur erst im Völkerbund sind, können wir uns daher möglichst rasch auf Reparationsfragen auf allerhand jezt unermatete „Verbindungen“ beweise seines Englands gefast machen. — Unsere Außenpolitik tut ja auch wirklich nicht viel, um Englands Wirtschaftseinkauf nicht aus so politischem Wege auszuweichen. Insbesondere hat z. B.

Der Gläubigerschmerz Dr. Stresemanns zu Bernhard Shaw 70. Geburtstag

geradezu Del ins Feuer geflossen. Bekanntlich ist Shaw starrer Marxist und das tote Zeug für die gelamte konservativ-englische Volksmehrheit und Regierung und für den englischen Hof. Der Gläubigerschmerz des deutschen Außenministers hat daher laut Berichten aus London ähnlich gewirkt, wie im fallerischen Deutschland Biomat am die Zeit des Sozialistengeheißes ein Gläubigerschmerz des englischen Außenministers an August Bebel gewirkt haben würde. Außen sieht wirklich nicht recht klar, was der deutsche Außenminister, der Frankreich gegenüber zu überaus europäisch ist (vgl. z. B. auch den Verband für westfälische Verfassung), mit diesem Maßstab gegen die herrschende Richtung in England bewirkt hat; der Außenvertrag hat doch bei den Engländern schon gerade genug böses Blut und Bestimmung gemacht.

Also doch!

Das „Echo de Paris“ erzählt, daß der Senat am 22. August in Paris eintrifft zu den abschließenden Besprechungen über die Franzosenratifizierung durch einen Verkauf des deutschen Eisenbahnsystems. Das „Journal“, behauptet, das Schicksal Zusammenkunft mit Steung eine beschingte Junge

das seine Beziehungen mit Moskau mit denen zu Bulgareit zu vereinen laufe. Frankreich habe allerdings Interesse daran, das italienische Vorgehen in Diteuropa sich mit demjenigen Frankreichs decke (was freilich scheinbar ist. S. Driftleitend). Der Korrespondent des „Matin“ in Bulgareit behauptet, daß Briand im Begriff sei, einen Vertrag der gleichen Art mit Jugoslawien abzuschließen.

Der Renegatenstreit.

Von Rechtsanwalt Reinhard Wäld, Halle a. S. Kopfstättend haben Juristen und Laien den Streit verurteilt. Über die Bedeutung des Wortes „Renegat“ als Regierungspräsidenten Grühner entsetzt ist und mit einem formalen Erfolge des Herrn Regierungspräsidenten gendert hat. Der Angelegenheit kommt eine gewisse grundsätzliche Bedeutung zu, aber in a dem Sinne, als die Öffentlichkeit vermeint, die den letzten Kampf unter dem folgenden parteipolitischen Schlagwort „Die Welt, die Welt“ begleitet hat. Der Laie ist in seine Isolation.

Der wegen Beilegung des Regierungspräsidenten Grühner angeklagte Oberstaatsanwalt a. D. Düsterberg wird in öffentlicher Gerichtsverhandlung zur Rechtfertigung seiner unter Anklage gestellten Handlung auf den politischen Gemeinwesenwechsel des Regierungspräsidenten Grühner hinweisen und bedient sich hierfür des Ausdrucks „Renegat“. Der Verhandlungsleiter, Landgerichtsdirektor Thorewest, unterliegt es, diesen Ausdruck zu rügen. Der Regierungspräsident wendet sich gegen diese Unterlassung an den Landgerichtspräsidenten, unter einander stehenden Verfügungen über die Bedeutung des Wortes „Renegat“, in welcher, aus dem Beschimpfung erkliden will. Der Landgerichtspräsident weist die Beschwerde zurück, weil es mit dem Verhandlungsleiter auf dem Standpunkt steht, daß der Ausdruck „Renegat“ zwar eine „unwürdige Schärfe“ enthält, ihm aber nicht die von Regierungspräsidenten Grühner beigegebene Bedeutung des Unanständigen, Unlauteren „sonne“. Er beruft sich für die Nichtigkeit dieser Auffassung auf das „Schrittum“. Auf die weitere Dienstausübungsbewertung des Regierungspräsidenten „eröffnet“ der Oberlandesgerichtspräsident dem angegriffenen Landgerichtsdirektor Thorewest „unter Billigung des Herrn Justizministers, daß der Sinn des Wortes „Renegat“ doch etwas anders auslegen ließe, als es seine und des Herrn Landgerichtspräsidenten Auffassung entspricht, daß nämlich der Ausdruck nicht in herabsetzenden Sinne gebraucht werde und es daher getanes gemein wäre, den von Euer Hochwohlgeborenen (gemeint ist der Beschimpfende) „ausdrücklich erbetenen Schutz gegen jede Beschädigung in geeigneter Weise zu gewähren“. Der Ausdruck „Renegat“, so stellt der Oberlandesgerichtspräsident unter Billigung des Justizministers fest, „bezieht im Sprachgebrauch meist auf die bloße Tat sache des Glaubens- und Gewissenswechsels und pflegt häufig in herabsetzenden Sinne gebraucht zu werden. ... Es würde sich daher empfehlen haben, daß der Vorstehende, Landgerichtsdirektor Thorewest, den Ausdruck rügte“.

Es soll hier nicht unterlag werden, welche Auslegung des Wortes „Renegat“ die richtige ist, die vom Landgerichtspräsidenten gebilligte des Landgerichtsdirektors Thorewest, wonach der Ausdruck lediglich die Feststellung einer Tat sache enthält, oder die vom Justizminister gebilligte des Oberlandesgerichtspräsidenten, wonach der Ausdruck ein absetzendes Werturteil in sich schließt. — Es soll nur festgehalten werden: die die gegen das Wort „Renegat“ ist eine k. unentschiedene, daß unter qualifizierten Richtern und höherer Verwaltungsbeamten mit umfassender Eigenemteilung, vom Landgerichtsdirektor bis zum Justizminister Meinungsverschiedenheiten bestehen und diese hohen Beamten sich nicht igeuen, zur Abgabt ihrer Reiten des Schritts zu Rate zu gehen. Was die Auffassung der fallischen Richter, eigenmächtig gemeint, unzutreffend sein — auch der Herr Oberlandesgerichtspräsident ist seiner Sache nicht so sicher, um der zuvor eingeholten „Billigung“ des Herrn Justizministers einzutreten zu können! Wer oder will sich vermaßen, zu behaupten, daß der Herr Oberlandesgerichtspräsident im Bereich mit dem Herrn Justizminister des ethymologischen Streits richtig entschieden habe? Forstet nicht die unter Juristen gelegene geteinte Kontroverse dazu heraus, den Streit igeuen? Aber durch einen Professor der Philosophie entscheiden zu lassen?

Den muß man einmal in aller Öffentlichkeit — denn die ganze Öffentlichkeit ist doch an der Getrautheitsfrage interessiert — die Frage aufgeworfen werden: Rechnet es nicht eine Heber

Es geht für die Pläne Parter Gilberts gebracht habe. — Also doch! Wir sind es, die den Franzosen sanieren sollen. Und die Revision des unerfüllbaren Dawesplanes?

Ein italienisch-spanischer Vertrag.

Stattler hat seinen einen inhaltlich bisher nicht zuverlässig bekannten Vertrag geschlossen, über den der römische Berichterstatter der „London Times“ schreibt, in Rom sei man der Ansicht, es sei das wichtigste Merkmal des italienisch-spanischen Vertrages, daß er die Entwicklung italienischer Lebensinteressen im Mittelmeer fördern werde. Der Korrespondent hebt die Anwendung des „Tribunum“ hervor, daß die wirtschaftliche Bedeutung des Vertrages außerhalb der Späre des Völkerbundes liegen werde (— was wohl sozial heißen soll, als: der Vertrag kümmert sich nicht um das internationalistische Verbotungsverbot von Genf, sondern ist ein Stück unerschütterlicher nationaler Judoispolitik).

Italienisch-bulgarische Freundschaft.

Die bulgarische Presse befaßt sich eingehend mit der Auslandsreise des bulgarischen Finanzministers Molow, der im Zusammenhang mit der bulgarischen Jubiläumssanktionen Paris, London und Rom besucht hat. Der „Anficht Molow“ in Rom gibt der bulgarischen Presse Anlaß, die stets wachsenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen Italien und Bulgarien hervorzuheben. Der herzliche Empfang, den Molow bei Mussolini und den anderen maßgebenden Persönlichkeiten gefunden hat, wird von den bulgarischen politischen Kreisen als Beginn einer neuen Ära inniger und intimer Beziehungen zwischen Rom und Sofia gemietet.

Bei der augenblicklichen ersten Spannung zwischen Jugoslawien und Bulgarien ist die Annäherung besonders bedeutsam.

Wirdlich klar sieht man allerdings nicht, wie die Verhältnisse in dem ewig gärenden Balkanherzenteile liegen. Genau so wie für einen Biot der gelamten Balkanstaaten unter Italiens Führung gegen Jugoslawien liegen auch mindestens ebenso beachtliche Anzeichen für einen Biot Jugoslawien-Griechenland-Rumänien gegen Bulgarien vor. Der erstere Biot entspricht mehr den italienisch-englischen, der zweite mehr den französischen Interessen und die Interessengegenüber der Großmächte sind es, die allem Exarcan und Gesperrde von Völkerverordnung um Trog den Balkan und Europa nicht zur Ruhe kommen lassen.

Ein französisch-rumänisches Abkommen.

Das Pariser „Journal“ glaubt die Nachricht über den Abschluß einer rumänisch-französischen Verabredung bestätigen zu können. Diese Verabredung umfaßt einen Freundschaftsvertrag, einen Nichtangriffsvertrag und ein Schutzabkommen zur Regelung der zwischen beiden Ländern etwa entstehenden Streitigkeiten. Es handelt sich nicht eigentlich um ein Defensivabkommen. Man dürfte nicht verstellen, daß die französische Regierung die Beziehung Beharabians ausdrücklich anerkennt habe. Das gleiche gelte nicht für Italien,

